

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1967

Ausgegeben am 21. Juli 1967

57. Stück

- 246.** Bundesverfassungsgesetz: Änderung der Landesgrenze zwischen den Bundesländern Oberösterreich und Salzburg
- 247.** Verordnung: Anordnung von Obstbaumzählungen
- 248.** Kundmachung: Ausdehnung des Geltungsbereiches des Internationalen Abkommens zur Erleichterung der Einfuhr von Warenmustern und Werbematerial
- 249.** Kundmachung: Verlautbarung des Beschlusses Nr. 3/1967 des Gemeinsamen Rates über Abänderung des Anhangs I des Übereinkommens zur Schaffung einer Assoziierung zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Freihandelsassoziation und der Republik Finnland
- 250.** Kundmachung: Verlautbarung des Beschlusses Nr. 4/1967 des Gemeinsamen Rates betreffend die Abänderung seines Beschlusses Nr. 3/1967 über die Abänderung des Anhangs I des Übereinkommens zur Schaffung einer Assoziierung zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Freihandelsassoziation und der Republik Finnland
- 251.** Luftverkehrsabkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Republik Tunesien

246. Bundesverfassungsgesetz vom 21. Juni 1967 über die Änderung der Landesgrenze zwischen den Bundesländern Oberösterreich und Salzburg

Der Nationalrat hat beschlossen:

§ 1. Die Landesgrenze zwischen den Bundesländern Oberösterreich und Salzburg wird wie folgt geändert:

1. Im Bereich der Ortsgemeinde Perwang, politischer Bezirk Braunau am Inn, und der Ortsgemeinde Berndorf bei Salzburg, politischer Bezirk Salzburg-Umgebung:

Die Landesgrenze verläuft künftighin ab dem gemeinsamen Grenzpunkt der Bachparzelle Nr. 3247, der Grundparzelle Nr. 2480, beide KG. Berndorf, und der Grundparzelle Nr. 504, KG. Perwang, in gerader Linie fortgesetzt den Flurnsbach überquerend zum rechten Ufer dieses Baches und von dort in südwestlicher Richtung bachaufwärts entlang dem bei Inkrafttreten dieses Bundesverfassungsgesetzes gegebenen und im beiliegenden Plan im Maßstab 1 : 1000 dargestellten Uferrand zum gemeinsamen Grenzpunkt der Bachparzelle Nr. 3247, KG. Berndorf, mit der Grundparzelle Nr. 505, KG. Perwang, und der Grundparzelle Nr. 2469, KG. Berndorf. Die Landesgrenze verläuft sodann entlang der östlichen Grenze der Grundparzelle Nr. 2469, KG. Berndorf, bis zum gemeinsamen Grenzpunkt dieser Parzelle mit den Grundparzellen Nr. 2341/1,

KG. Berndorf, und Nr. 506, KG. Perwang, und folgt ab diesem Grenzpunkt wiederum dem bisherigen Grenzverlauf.

Spätere Änderungen des Flurnsbaches in der genannten Grenzstrecke haben auf den Verlauf der Landesgrenze keinen Einfluß.

2. Im Bereich der Ortsgemeinde Lengau, politischer Bezirk Braunau am Inn, und der Ortsgemeinde Straßwalchen, politischer Bezirk Salzburg-Umgebung:

Die Landesgrenze verläuft künftighin vom gemeinsamen Grenzpunkt der Grundparzellen Nr. 1799/1 und 1799/2, KG. Haselreit, und der Grundparzelle Nr. 803, KG. Utzweih, in gerader Linie ostwärts zum gemeinsamen Grenzpunkt der Wegparzelle Nr. 1959/2, der Grundparzelle Nr. 1911/1, beide KG. Haselreit, und der Grundparzelle 798, KG. Utzweih. Die Landesgrenze folgt sodann dem bisherigen Grenzverlauf bis zum gemeinsamen Grenzpunkt der Grundparzellen Nr. 1914/1 und 1914/2, KG. Haselreit, und der Wegparzelle Nr. 896, KG. Utzweih. Anschließend verläuft die Landesgrenze ostwärts entlang der nördlichen Grenze der Grundparzellen Nr. 1914/1, 1913/1, 1916/1 und der Wegparzelle Nr. 1964/6 und folgt der östlichen Grenze der Wegparzelle Nr. 1964/10 bis zum gemeinsamen Grenzpunkt mit den Grundparzellen Nr. 1920/2 und 1920/3, alle KG. Haselreit. Die Landesgrenze folgt dann der Grenze zwischen diesen beiden Grundparzellen bis zur

Wegparzelle Nr. 1958, KG. Haselreit, und verläuft sodann in nördlicher Richtung entlang der Grenze der Grundparzelle Nr. 1920/2, der Wegparzelle Nr. 1964/10 und der Grundparzellen Nr. 1919/2 und 1918/4, alle KG. Haselreit, zum gemeinsamen Grenzpunkt der Grundparzelle Nr. 1918/4 mit der Grundparzelle Nr. 1918/3, beide KG. Haselreit, und der Grundparzelle Nr. 895, KG. Utzweih, und folgt ab diesem Grenzpunkt wiederum dem bisherigen Grenzverlauf.

3. Im Bereich der Ortsgemeinde Pöndorf, politischer Bezirk Vöcklabruck, und der Ortsgemeinde Straßwalchen, politischer Bezirk Salzburg-Umgebung:

a) Die Landesgrenze verläuft künftighin ab dem gemeinsamen Grenzpunkt der Grundparzellen Nr. 1, KG. Haselreit, Nr. 871/121, KG. Utzweih, und Nr. 287, KG. Oberschwand, entlang der Katastralgemeindegrenze Utzweih-Oberschwand bis zum gemeinsamen Grenzpunkt der Grundparzelle Nr. 871/114, KG. Utzweih, und der Grundparzellen Nr. 286/13 und 287 sowie der Wegparzelle Nr. 286/14, alle KG. Oberschwand. Die Landesgrenze folgt sodann der westlichen Grenze dieser Wegparzelle bis zum südöstlichen Eckpunkt der Grundparzelle Nr. 286/13, KG. Oberschwand, verläuft von diesem Punkt in gerader Linie westwärts zum nordwestlichen Eckpunkt der Grundparzelle Nr. 130/2, KG. Haselreit, und von diesem Punkt südwärts in gerader Linie zum gemeinsamen Grenzpunkt der Grundparzellen Nr. 179/3 und 179/4 sowie der Wegparzelle Nr. 1980/3, alle KG. Haselreit. Die Landesgrenze verläuft anschließend entlang der nördlichen Grenze dieser Wegparzelle in östlicher Richtung bis zum gemeinsamen Grenzpunkt mit der Grundparzelle Nr. 179/4, KG. Haselreit, der Grundparzelle Nr. 286/1 und der Wegparzelle Nr. 556/2, beide KG. Oberschwand, und folgt ab diesem Grenzpunkt wiederum dem bisherigen Grenzverlauf bis zum gemeinsamen Grenzpunkt der Grundparzellen Nr. 78 und 85, KG. Oberschwand, sowie Nr. 755/1 und 755/2, KG. Haselreit.

Von diesem Grenzpunkt verläuft die Landesgrenze künftighin in südlicher Richtung entlang der westlichen Grenze der Grundparzellen Nr. 755/2, 754/3, 756/9, 756/3, 756/2, 757/1, 758/3 und 756/6 bis zur Grundparzelle Nr. 757/8, alle KG. Haselreit. Die Landesgrenze verläuft sodann ostwärts entlang der nördlichen Grenze der Grundparzelle Nr. 757/8 und der Wegparzelle Nr. 1973/2 bis zum gemeinsamen Grenzpunkt dieser Wegparzelle mit der Wegparzelle Nr. 1973/4 und den Grundparzellen Nr. 762/1, 762/4, 764/1 und 764/3, alle KG. Haselreit. Anschließend verläuft die Landesgrenze entlang der Grenze der

Grundparzelle Nr. 764/1 mit der Grundparzelle Nr. 764/3, der Wegparzelle Nr. 1973/5 und den Grundparzellen Nr. 764/2 und 769, alle KG. Haselreit, bis zum gemeinsamen Grenzpunkt der Grundparzellen Nr. 764/1 und 769, beide KG. Haselreit, mit der Grundparzelle Nr. 35, KG. Oberschwand, und folgt ab diesem Grenzpunkt wiederum dem bisherigen Grenzverlauf bis zum gemeinsamen Grenzpunkt der Grundparzelle Nr. 773, KG. Haselreit, und der Grundparzelle Nr. 31 sowie der Wegparzelle Nr. 547, beide KG. Oberschwand.

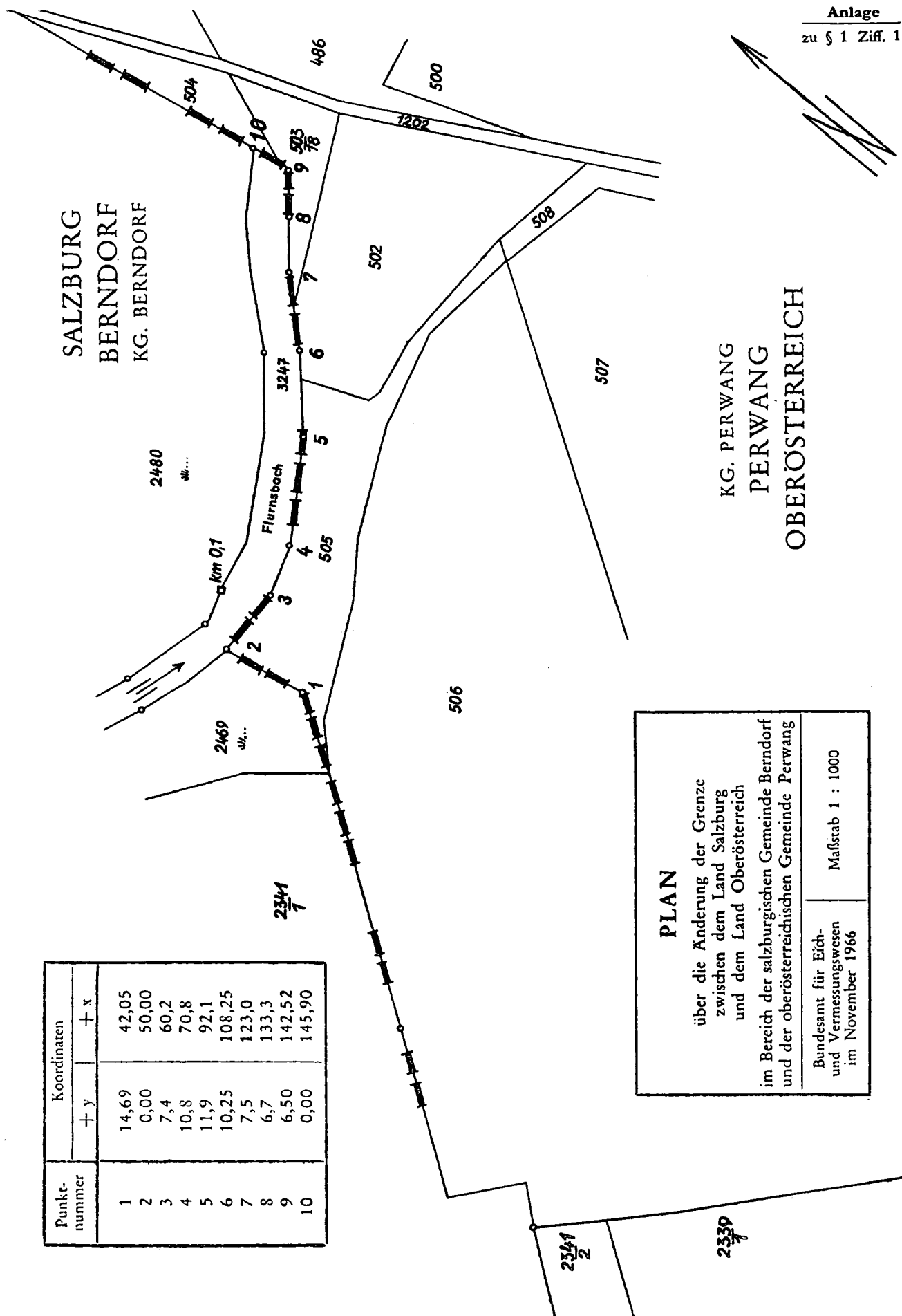
Von diesem Grenzpunkt verläuft die Landesgrenze künftighin in östlicher Richtung entlang der südlichen Grenze der Wegparzelle Nr. 547, KG. Oberschwand, bis zur Wegparzelle Nr. 548, KG. Oberschwand, und anschließend an der westlichen Grenze dieser Wegparzelle in südlicher Richtung bis zum gemeinsamen Grenzpunkt dieser Wegparzelle mit der Grundparzelle Nr. 33, KG. Oberschwand, und der Grundparzelle Nr. 772, KG. Haselreit. Die Landesgrenze folgt sodann wiederum dem bisherigen Grenzverlauf bis zum gemeinsamen Grenzpunkt der letztgenannten Grundparzelle mit der Wegparzelle Nr. 548, KG. Oberschwand, und der Straßenparzelle Nr. 1983, KG. Haselreit.

b) Von dem in lit. a zuletzt genannten Grenzpunkt verläuft die Landesgrenze künftighin in südlicher Richtung entlang der westlichen Grenze der Straßenparzelle Nr. 1213/3, KG. Brunn, die Bundesstraße Nr. 1 überquerend und folgt sodann der südlichen Grenze dieser Straßenparzelle und der Straßenparzelle Nr. 1209/1, KG. Haberpoint, bis zum gemeinsamen Grenzpunkt dieser Straßenparzelle mit der Grundparzelle Nr. 110 und der Wegparzelle Nr. 1210/1, beide KG. Haberpoint. Die Landesgrenze verläuft anschließend entlang der östlichen Grenze dieser Wegparzelle bis zu deren gemeinsamem Grenzpunkt mit der Grundparzelle Nr. 885, KG. Haberpoint, und der Wegparzelle Nr. 1196, KG. Brunn, und folgt ab diesem Grenzpunkt wiederum dem bisherigen Grenzverlauf.

§ 2. (1) Dieses Bundesverfassungsgesetz tritt — vorbehaltlich der zu seiner Wirksamkeit erforderlichen übereinstimmenden Verfassungsgesetze der Bundesländer Oberösterreich und Salzburg — mit 1. September 1967 in Kraft.

(2) Mit seiner Vollziehung ist die Bundesregierung betraut.

Klaus	Bock	Jonas	
Piffl	Rehor	Hetzenauer	Klecatsky
Weiß	Prader	Schmitz	Schleiner
		Tončić	Kotzina



Punkt- nummer	Koordinaten	
	+ y	+ x
1	14,69	42,05
2	0,00	50,00
3	7,4	60,2
4	10,8	70,8
5	11,9	92,1
6	10,25	108,25
7	7,5	123,0
8	6,7	133,3
9	6,50	142,52
10	0,00	145,90

PLAN

über die Änderung der Grenze
zwischen dem Land Salzburg
und dem Land Oberösterreich

**Bundesamt für Eich-
und Vermessungswesen
im November 1966**

Maßstab 1 : 1000

247. Verordnung des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft vom 28. Juni 1967, mit der Obstbaumzählungen angeordnet werden

Auf Grund der §§ 2 Abs. 2 und 3, 4 Abs. 1 und 2, 7 Abs. 1 und des § 8 Abs. 1 und 2 des Bundesstatistikgesetzes 1965, BGBl. Nr. 91, wird verordnet:

§ 1. (1) Das Österreichische Statistische Zentralamt hat

- a) in der Zeit vom 1. Oktober bis 30. November 1967 und
- b) mit Stichtag 10. Oktober 1967

Obstbaumzählungen durchzuführen.

(2) Die Zählungen beziehen sich auf folgende Obstarten: Apfel, Birnen, Kirschen, Weichseln, Zwetschken (einschließlich Pflaumen, Mirabellen, Ringlotten), Marillen, Pfirsiche, Walnüsse und Beerenobst.

§ 2. Bei den Erhebungen sind die einen Bestandteil dieser Verordnung bildenden Formulare (Anlage) zu verwenden, welche

- a) hinsichtlich der Erhebung gemäß § 1 Abs. 1 lit. a eine Aufgliederung nach Standort, Intensitätsstufe, Obstart, Verwendungszweck, Reifezeit, Baumform, Ertragsfähigkeit, Sorte, Pflanzjahr und Fläche (Formular 1),
- b) hinsichtlich der Erhebung gemäß § 1 Abs. 1 lit. b eine Aufgliederung nach Standort, Obstart und Fläche (Formular 2)

enthalten.

§ 3. Zur Auskunftserteilung verpflichtet sind bei der Erhebung

- a) gemäß § 1 Abs. 1 lit. a die Bewirtschafter (Eigentümer, Besitzer, Pächter und Nutznießer) von Pflanzen der im § 1 Abs. 2 angeführten Obstarten oder deren Beauftragte,
- b) gemäß § 1 Abs. 1 lit. b alle Haushaltsvorstände und Grundstückseigentümer.

§ 4. Mit der Durchführung der Zählung gemäß § 1 Abs. 1 lit. a sind Erhebungsorgane der Landes-Landwirtschaftskammern betraut. Diese haben die ausgefüllten Erhebungsbögen bis spätestens 15. Dezember 1967 dem Österreichischen Statistischen Zentralamt vorzulegen.

§ 5. (1) Die Erhebungsbögen für die Zählung gemäß § 1 Abs. 1 lit. b sind von den Auskunftspflichtigen (§ 3 lit. b) auszufüllen, dem Grundstückseigentümer oder dessen Vertreter bis 12. Oktober 1967 zu übergeben und von diesem bis 15. Oktober 1967 an die Gemeinde abzuliefern. Die Gemeinde hat die Vollständigkeit des Rücklangens der Erhebungsbögen zu überprüfen.

(2) Die Gemeinde hat die Erhebungsbögen sodann bis spätestens 15. November 1967 der Bezirksverwaltungsbehörde vorzulegen, welche sie bis spätestens 1. Dezember 1967 an das Österreichische Statistische Zentralamt weiterzuleiten hat.

(3) Die Städte mit eigenem Statut haben die Erhebungsbögen bis spätestens 1. Dezember 1967 direkt dem Österreichischen Statistischen Zentralamt vorzulegen.

Schleiner

Österreichisches Statistisches Zentralamt
Abt. Agrarstatistik
1151 Wien

Formular 1

Obstbaumzählung 1967

A: Geschlossene Obstanlagen
(Intensiv-Obstanlagen)

Bundesland:

Politischer Bezirk:

Gemeinde:

Bezirksbauernkammer:

Name:

Adresse:

a) Kernobst

Äpfel (Haupt- und Gebietssorten)	Halb- und Viertelstämme (ab 1 m Stammhöhe)			Büsche und Hochbüsche (unter 1 m Stammhöhe)			Heckenanlagen		
	Pflanzjahr	Baumzahl	Fläche in ha	Pflanzjahr	Baumzahl	Fläche in ha	Pflanzjahr	Baumzahl	Fläche in ha
1. Weißer Klarapfel									
2. James Grieve									
3. Cox Orangenrenette									
4. Jonathan									
5. Golden Delicious									
6. Roter Delicious									
7. Kronprinz Rudolf									
8. Stark Earliest									
9. Goldparmäne									
10. Berlepsch									
11. London Pepping									
12. Lavanttaler Bananenapfel									
13. Oldenburg									
14. Glockenapfel									
15. Übrige Sorten									

Bitte wenden!

Geschlossene Obstanlagen (Fortsetzung)

Birnen (Haupt- und Gebietssorten)	Halb- und Viertelstämme (ab 1 m Stammhöhe)			Büsche und Hochbüsche (unter 1 m Stammhöhe)			Heckenanlagen		
	Pflanzjahr	Baumzahl	Fläche in ha	Pflanzjahr	Baumzahl	Fläche in ha	Pflanzjahr	Baumzahl	Fläche in ha
1. Clapps Liebling									
2. Williams Christbirne									
3. Gute Luise									
4. Bosc's Flaschenbirne									
5. Alexander Lukas									
6. Conférence									
7. Übrige Sorten									

b) Übrige intensiv genutzte Obstarten :

Obstart	Alle Baumformen			Beerenobst	Fläche in m²	Stück
	noch nicht ertrags- fähig	ertrags- fähig	Fläche in m²			
	Stück					
Kirschbäume				Johannisbeersträucher (rote und weiße)		
Weichselbäume				Johannisbeersträucher (schwarze)		
Zwetschkenbäume (inkl. Pflaumen, Mirabellen und Ringlotten)				Himbeeren		
Marillenbäume				Ananas-Erdbeeren		
Pfirsichbäume						
Walnußbäume						

B. Extensivobstbau

Achtung! In nachstehende Tabelle sind alle Obstbäume und -sträucher einzutragen, die ihren Standort außerhalb der Intensivobstanlage (z. B. im Hausgarten, auf Feldern, Wegrainen usw.) haben.

Obstart und Stammform		Reifezeit	Sp.	noch nicht ertragsfähig	ertragsfähig	abgehend
				Stück		
Apfel- bäume	Hoch-, Halb- und Viertelstämme (ab 1 m Stammhöhe)	Sommersorten	1			
		Wintersorten	2			
	Busch-, Spindelbusch-, Spalier- und sonstige Bäume (unter 1 m Stammhöhe)	Sommersorten	3			
		Wintersorten	4			
	Mostäpfel (alle Baumformen und Sorten)		5			
Birn- bäume	Hoch-, Halb- und Viertelstämme (ab 1 m Stammhöhe)	Sommersorten	6			
		Wintersorten	7			
	Busch-, Spindelbusch-, Spalier- und sonstige Bäume (unter 1 m Stammhöhe)	Sommersorten	8			
		Wintersorten	9			
	Mostbirnen (alle Bauformen und Sorten)		10			
Kirschbäume		Alle Baumformen	11			
Weichselbäume		Alle Baumformen	12			
Zwetschkenbäume (inklusive Pflaumen, Mirabellen, Ringlotten)		Alle Baumformen	13			
Marillenbäume		Alle Baumformen	14			
Pfirsichbäume		Alle Baumformen	15			
Walnußbäume		Alle Baumformen	16			
Beerenobst						
Johannisbeersträucher oder -bäumchen		rote und weiße	17	Stück		
		schwarze	18	Stück		
Stachelbeersträucher oder -bäumchen			19	Stück		
Himbeeren			20	Fläche in m ²		
Ananas-Erdbeeren			21	Fläche in m ²		

(Ort, Datum)

(Unterschrift des Betriebsinhabers)

Osterreichisches Statistisches Zentralamt
Abt. Agrarstatistik
1151 Wien

Formular 2

Obstbaumzählung 1967

Stichtag: 10. Oktober 1967

Diese Erhebung erfolgt durch das Osterreichische Statistische Zentralamt auf Grund des Bundesstatistikgesetzes vom 1. April 1965, BGBl. Nr. 91. Die Angaben unterliegen der Geheimhaltungspflicht und werden nur für statistische Zwecke verwendet.

Der Fragebogen ist gemeinsam mit der Haushaltsliste beim Hausbesitzer, -verwalter (Grundstückseigentümer), abzugeben. Die Erläuterungen zur Ausfüllung des Fragebogens finden Sie auf der Rückseite dieses Blattes. Alle Haushaltsvorstände werden ersucht, den stark umrandeten Teil des Fragebogens auch im Falle einer Leermeldung unbedingt auszufüllen. Die Angaben sind mit der Unterschrift zu bestätigen.

Pol. Bez.: Gemeinde:
Name: Adresse:
Haben Sie Obstbäume? (Zutreffendes bitte so ☒ ankreuzen!) ja: ☐ nein: ☐

Wenn ja, so beantworten Sie bitte auch die nachstehend angeführten Fragen vollständig und wahrheitsgetreu, wobei Sie das Zutreffende bitte so ☒ ankreuzen!

1. Sind Sie hauptberuflich Landwirt?... ☐
2. Sind Sie nebenberuflich Landwirt?... ☐
3. Stehen Ihre Obstbäume in nichtlandwirtschaftlichen Haus-, Klein-, Siedler- und Schrebergärten oder auf sonstigen Parzellen? ☐

Bestand an Obstbäumen und Beerenobst (Gleichgültig, ob ertragsfähig oder nicht)

	im Bundesland des Wohnsitzes Stück	in einem anderen Bundesland Stück	Name des anderen Bundeslandes
Apfelbäume (einschließlich Mostäpfel)			
Birnbäume (einschließlich Mostbirnen)			
Kirschbäume			
Weichselbäume			
Zwetschken-, Pflaumen-, Ringlotten- und Mirabellenbäume			
Marillenbäume			
Pfirsichbäume			
Walnußbäume			
Johannisbeersträucher oder -bäumchen			
Ananas-Erdbeeren	Fläche in m ²		

Die Vollständigkeit und Richtigkeit der Eintragungen wird bestätigt.

.....
(Ort/Datum)

.....
(Unterschrift)

Erläuterungen

zur Ausfüllung des Fragebogens

1. Allgemeines

Auf Grund des Bundesstatistikgesetzes vom 1. April 1965, BGBl. Nr. 91, wird mit Stichtag 10. Oktober 1967 eine Obstbaumzählung durchgeführt. Auskunftspflichtig sind alle Haushaltsvorstände, welche die im Fragebogen angeführten Obstarten nutzen.

2. Zweck der Zählung

Die letzte Obstbaumzählung fand im Jahre 1947 statt. Die seither eingetretenen großen Veränderungen des Obstbaumbestandes machen eine neue Bestandsaufnahme unerlässlich. Die Ergebnisse dieser Erhebung bilden die Grundlage für die Berechnung der jährlichen Obsternte.

3. Umfang der Zählung

Zu zählen sind alle Obstbäume und Beerenobstarten, die sich

- a) in einem land- und forstwirtschaftlichen Betrieb,
- b) in nichtlandwirtschaftlichen Haus-, Klein-, Siedler- und Schrebergärten oder sonstigen Parzellen

auf ihrem endgültigen Standort befinden.

In Baumschulen sind Obstgehölze, die in Anzucht stehen, nicht zu erheben.

4. Ausfüllung des Fragebogens

Die Fragen sind rechtzeitig, vollständig und wahrheitsgetreu zu beantworten. Der stark umrandete Teil des Fragebogens ist auch dann auszufüllen, wenn keine Obstbäume vorhanden sind (Leermeldung).

Anzugeben sind:

- a) alle jungen Bäume ohne wesentlichen Ertrag,
- b) alle in vollem Ertrag stehenden Obstbäume sowie
- c) alle alten und abgehenden Obstbäume.

Hat der Auskunftspflichtige nicht nur in der Wohnsitzgemeinde Obstbäume, sondern auch in einer Gemeinde eines anderen Bundeslandes (zum Beispiel in Wien und Niederösterreich), sind diese unter Angabe des betreffenden Bundeslandes gesondert anzugeben.

5. Geheimhaltung der Angaben

Die Angaben werden ausschließlich für statistische Zwecke verwendet. Alle gemachten Einzelangaben werden streng vertraulich behandelt und gegenüber außenstehenden Personen, Ämtern und Behörden geheimgehalten. Das Personal des Österreichischen Statistischen Zentralamtes ist bei der Auswertung der Formulare ebenfalls zur Geheimhaltung verpflichtet.

6. Zähltermine

Der ausgefüllte Fragebogen ist vom Haushaltsvorstand bis 12. Oktober 1967 gemeinsam mit der Haushaltsliste dem Hausbesitzer, -verwalter (Grundstückseigentümer) zu übergeben.

Der Hausbesitzer, -verwalter (Grundstückseigentümer) hat die (den) Fragebogen bis 15. Oktober 1967 gemeinsam mit der Hausliste an die Gemeinde abzuliefern.

248. Kundmachung des Bundeskanzleramtes vom 29. Juni 1967, betreffend die Ausdehnung des Geltungsbereiches des Internationalen Abkommens vom 7. November 1952 zur Erleichterung der Einfuhr von Warenmustern und Werbematerial

Nach Mitteilung des Generalsekretariates der Vereinten Nationen sind folgende weitere Staaten dem Internationalen Abkommen zur Erleichterung der Einfuhr von Warenmustern und Werbematerial vom 7. November 1952 (BGBl. Nr. 187/1956, letzte Kundmachung betreffend den Geltungsbereich BGBl. Nr. 74/1961) beigetreten:

Staaten:	Datum der Hinterlegung der Beitrittsurkunde:
Guinea	8. Mai 1962
Tanganjika (mit Vorbehalt)	28. November 1962
Frankreich	7. Feber 1964
Uganda (mit Vorbehalt)	15. April 1965
Kenia	3. September 1965

Die geltend gemachten Vorbehalte haben folgenden Wortlaut:

1. Tanganjika:

In Übereinstimmung mit Artikel XIV behält sich Tanganjika das Recht vor, die für die Einfuhr von Werbefilmen im Vormerkverkehr vorgesehene Behandlung nicht zuzugestehen.

2. Uganda:

Uganda ist durch Artikel V des Abkommens nicht gebunden.

Cypern, Jamaika, Kongo (Léopoldville), Nigeria, Rwanda, Sierra Leone, Singapur sowie Trinidad und Tobago haben erklärt, sich auch nach Erlangung der Unabhängigkeit an dieses Abkommen gebunden zu erachten. Dabei wurde der vom Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland für Trinidad und Tobago geltend gemachte Vorbehalt (BGBl. Nr. 237/1958) von diesem Staat aufrechterhalten.

Ferner hat Ceylon seinen anlässlich seines Beitrittes erklärten Vorbehalt (BGBl. Nr. 74/1961) am 29. Jänner 1963 zurückgezogen.

Klaus

249. Kundmachung des Bundeskanzleramtes vom 16. Juni 1967, womit der Beschluß Nr. 3/1967 des Gemeinsamen Rates über Abänderung des Anhangs I des Übereinkommens zur Schaffung einer Assoziierung zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Freihandelsassoziation und der Republik Finnland (BGBl. Nr. 193/1961 in der Fassung der Kundmachung BGBl. Nr. 143/1967) verlautbart wird

FINLAND-EFTA
ASSOCIATION

FINEFTA/DJC 3/67
1 Annex

**DECISION OF THE JOINT COUNCIL
No. 3 OF 1967**

(Adopted at the 12th Meeting on 27th April, 1967)

**AMENDMENT OF ANNEX I TO THE
AGREEMENT**

THE JOINT COUNCIL,

Having regard to Articles 2 and 3 of the Agreement and to paragraph 5 of Article 3 of the Convention,

DECIDES:

1. Annex I to the Agreement shall be amended as set out in the Annex to this Decision.

2. The amendment shall take effect on 1st July 1967.

3. The Secretary-General of the European Free Trade Association shall deposit the text of this Decision with the Government of Sweden.

(Übersetzung)

FINNLAND-EFTA
ASSOZIIERUNG

FINEFTA/DJC 3/67
1 Anlage

**BESCHLUSS DES GEMEINSAMEN
RATES Nr. 3/1967**

(In der 12. Sitzung am 27. April 1967 gefaßt)

**ABÄNDERUNG DES ANHANGS I DES
ASSOZIIERUNGS-ÜBEREINKOMMENS**

DER GEMEINSAME RAT hat,

gestützt auf Artikel 2 und 3 des Assoziierungs-Übereinkommens und Artikel 3 Absatz 5 des EFTA-Übereinkommens,

BESCHLOSSEN:

1. Anhang I des Assoziierungs-Übereinkommens wird gemäß der Anlage zu diesem Beschluß abgeändert.

2. Diese Abänderung tritt am 1. Juli 1967 in Kraft.

3. Der Generalsekretär der Europäischen Freihandelsassoziation wird den Text dieses Beschlusses bei der Regierung Schwedens hinterlegen.

FINLAND-EFTA
ASSOCIATIONAnnex to
FINEFTA/DJC 3/67AMENDMENT OF ANNEX I TO THE
AGREEMENT

(English text)

Replace the text relating to Section XI by the following text:

Section XI, other than Textile and headings 56.01, 56.02, 56.04, textile articles 58.01, 59.05, 59.17, 61.05 and 62.02, and other than items listed in Schedule III to Annex B to the Convention

(Texte français)

Remplacer le texte se rapportant à la Section XI par le texte suivant:

Section XI, à l'exclusion des Matières textiles positions 56.01, 56.02, 56.04, et ouvrages en 58.01, 59.05, 59.17, 61.05 et ces matières 62.02, et à l'exclusion des positions énumérées dans l'appendice III à l'Annexe B à la Convention

FINNLAND-EFTA
ASSOZIIERUNGAnlage zu
FINEFTA/DJC 3/67ABÄNDERUNG DES ANHANGS I DES
ASSOZIIERUNGS-ÜBEREINKOMMENS

Der auf Abschnitt XI bezügliche Text ist durch folgenden Text zu ersetzen:

Abschnitt XI, mit Ausnahme Textile Spinn- der Nummern 56.01, 56.02, stoffe und 56.04, 58.01, 59.05, 59.17, Waren daraus 61.05 und 62.02 sowie mit Ausnahme der in Beilage III zum Anhang B des EFTA-Übereinkommens angeführten Positionen

Klaus

250. Kundmachung des Bundeskanzleramtes vom 1. Juli 1967, mit welcher der Beschluß Nr. 4/1967 des Gemeinsamen Rates betreffend die Abänderung seines Beschlusses Nr. 3/1967 über die Abänderung des Anhangs I des Übereinkommens zur Schaffung einer Assoziierung zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Freihandelszone und der Republik Finnland (BGBl. Nr. 193/1961 in der Fassung der Kundmachung BGBl. Nr. 143/1967) verlautbart wird

FINLAND-EFTA
ASSOCIATION

FINEFTA/DJC 4/67

DECISION OF THE JOINT COUNCIL
No. 4 OF 1967

(Adopted at the 14th Meeting on 18th May, 1967)

AMENDMENT OF DECISION OF THE
JOINT COUNCIL No. 3 OF 1967

THE JOINT COUNCIL,

Having regard to Articles 2 and 3 of the Agreement and to paragraph 5 of Article 3 of the Convention,

(Übersetzung)

FINNLAND-EFTA
ASSOZIIERUNG

FINEFTA/DJC 4/67

BESCHLUSS DES GEMEINSAMEN RATES
Nr. 4/1967

(In der 14. Sitzung am 18. Mai 1967 gefaßt)

ABÄNDERUNG DES BESCHLUSSES DES
GEMEINSAMEN RATES Nr. 3/1967¹⁾

DER GEMEINSAME RAT hat,

gestützt auf Artikel 2 und 3 des Assoziierungs-Übereinkommens und Artikel 3 Absatz 5 des EFTA-Übereinkommens,

¹⁾ Verlautbart unter BGBl. Nr. 249/1967.

DECIDES:

1. The date referred to in paragraph 2 of Decision of the Joint Council No. 3 of 1967 shall be 1st June 1967.
2. The Secretary-General of the European Free Trade Association shall deposit the text of this Decision with the Government of Sweden.

BESCHLOSSEN:

1. Das im Absatz 2 des Beschlusses des Gemeinsamen Rates Nr. 3/1967 ¹⁾ angeführte Datum hat 1. Juni 1967 zu lauten.
2. Der Generalsekretär der Europäischen Freihandelsassoziation wird den Text dieses Beschlusses bei der Regierung Schwedens hinterlegen.

¹⁾ Verlautbart unter BGBl. Nr. 249/1967.

Klaus

251.

(Übersetzung)

ACCORD RELATIF AUX TRANSPORTS AÉRIENS ENTRE LE GOUVERNEMENT FÉDÉRAL D'AUTRICHE ET LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE TUNISIENNE

Le Gouvernement Fédéral d'Autriche et le Gouvernement de la République Tunisienne,

Désireux de favoriser le développement des Transports Aériens entre l'Autriche et la Tunisie et de poursuivre dans la plus large mesure possible la coopération internationale dans ce domaine;

Soucieux d'appliquer à ces transports les principes et les dispositions de la Convention relative à l'Aviation Civile Internationale signée à Chicago le 7 Décembre 1944;

Sont convenus de ce qui suit:

ARTICLE 1 DÉFINITIONS

1°) Pour l'application du présent Accord et son Annexe I et à moins qu'il n'en résulte autrement du texte, on entendra par:

a) l'expression « La Convention »: La Convention relative à l'Aviation Civile Internationale signée à Chicago le 7 Décembre 1944 et tout amendement adopté conformément aux dispositions de ladite Convention;

b) « Autorités aéronautiques »: en ce qui concerne la République d'Autriche le Ministère Fédéral des Transports et des Entreprises Etatisées et en ce qui concerne la République Tunisienne le Secrétariat d'Etat aux Travaux Publics et à l'Habitat, ou, dans les deux cas, toute autre Autorité qui serait habilitée par les Parties Contractantes à assumer les fonctions actuellement exercées par eux;

c) « entreprise désignée »: l'entreprise de transports aériens que l'une des Parties Contractantes

LUFTVERKEHRSABKOMMEN ZWISCHEN DER ÖSTERREICHISCHEN BUNDESREGIERUNG UND DER REGIERUNG DER REPUBLIK TUNESIEN

Die Österreichische Bundesregierung und die Regierung der Republik Tunesien,

Vom Wunsche geleitet, die Entwicklung des Luftverkehrs zwischen Österreich und Tunesien zu fördern und die internationale Zusammenarbeit auf diesem Gebiet in größtmöglichem Ausmaß zu verfolgen,

Bestrebt, auf diesen Verkehr die Grundsätze und Regeln der Konvention über die Internationale Zivilluftfahrt, die am 7. Dezember 1944 in Chicago unterzeichnet wurde, anzuwenden,

Sind wie folgt übereingekommen:

ARTIKEL 1 BEGRIFFSBESTIMMUNGEN

(1) Für die Anwendung des vorliegenden Abkommens und dessen Anhangs I bedeutet, sofern nicht im Text anderes festgesetzt ist, der Ausdruck:

a) „die Konvention“: die Konvention über die Internationale Zivilluftfahrt, die am 7. Dezember 1944 in Chicago unterzeichnet wurde, und jede gemäß den Bestimmungen dieser Konvention erfolgte Abänderung;

b) „Luftfahrtbehörden“: in bezug auf die Republik Österreich das Bundesministerium für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen und in bezug auf die Republik Tunesien das Staatssekretariat für öffentliche Arbeiten und Wohnungswesen oder in beiden Fällen irgendeine andere Behörde, die von den Vertragschließenden Teilen zur Ausübung der gegenwärtig von diesen Behörden ausgeübten Funktionen ermächtigt ist;

c) „namhaft gemachtes Fluglinienunternehmen“: das Fluglinienunternehmen, das einer der

désignera par écrit à l'autre Partie Contractante conformément à l'article 5 du présent accord, comme étant celle qui exploitera les services aériens internationaux sur les routes indiquées à l'annexe I au présent accord.

2°) Les termes de « Territoire », « Services Aériens », « Services Aériens Internationaux » et « Escale non Commerciale » ont, dans l'application du présent accord, la signification définie aux articles 2 et 96 de la Convention relative à l'Aviation Civile Internationale, désignée ci-après sous le terme « Convention ».

ARTICLE 2 DROITS DE TRAFIC

Chaque Partie Contractante accorde à l'autre Partie Contractante les droits spécifiés au présent accord en vue de l'établissement des services aériens internationaux sur les routes indiquées dans l'annexe I au présent accord.

Ces services et ces routes sont dénommés ci-après respectivement « services convenus » et « routes indiquées ».

Les entreprises désignées par chaque Partie Contractante jouiront, lorsqu'elles exploiteront un service convenu sur une route indiquée, des droits suivants:

- a) de survoler sans y atterrir le territoire de l'autre Partie Contractante;
- b) de faire des escales sur ledit territoire pour des fins non commerciales;
- c) de faire des escales sur ledit territoire aux endroits prévus pour cette route à l'annexe I au présent accord et en vue de débarquer et d'embarquer en trafic international des passagers, des marchandises et du courrier.

ARTICLE 3 CAPACITÉ

1°) La capacité mise en œuvre par les entreprises désignées par les Parties Contractantes sera adaptée aux besoins de trafic sur les routes indiquées.

2°) Dans l'application du principe établi au paragraphe 1°) du présent article:

- a) les services aériens exploités par une entreprise désignée auront pour objet primordial la mise en œuvre, compte tenu d'un coefficient raisonnable d'utilisation, d'une capacité adaptée aux besoins normaux et raisonnablement prévisibles de trafic aérien international en provenance ou à destination du territoire de la Partie Contractante désignant l'entreprise;

Vertragschließenden Teile durch schriftliche Benachrichtigung dem anderen Vertragschließenden Teil gemäß Artikel 5 dieses Abkommens als das Fluglinienunternehmen namhaft gemacht hat, welches die internationalen Fluglinien auf den in Anhang I dieses Abkommens festgelegten Strecken betreiben soll.

(2) Die Ausdrücke „Hoheitsgebiet“, „Fluglinien“, „internationale Fluglinien“ und „Landung für nichtgewerbsmäßige Zwecke“ haben für die Anwendung dieses Abkommens die in den Artikeln 2 und 96 der Konvention über die Internationale Zivilluftfahrt — in der Folge als „Konvention“ bezeichnet — festgelegte Bedeutung.

ARTIKEL 2 FLUGVERKEHRSRECHTE

Jeder Vertragschließende Teil gewährt dem anderen Vertragschließenden Teil die im vorliegenden Abkommen festgelegten Rechte zum Zwecke der Errichtung internationaler Fluglinien auf den in Anhang I dieses Abkommens festgelegten Flugstrecken.

Diese Fluglinien und Flugstrecken werden in der Folge „vereinbarte Fluglinien“ bzw. „festgelegte Flugstrecken“ genannt.

Die von jedem Vertragschließenden Teil namhaft gemachten Fluglinienunternehmen genießen beim Betrieb einer vereinbarten Fluglinie auf einer festgelegten Flugstrecke folgende Rechte:

- a) das Hoheitsgebiet des anderen Vertragschließenden Teiles ohne Landung zu überfliegen;
- b) in diesem Hoheitsgebiet Landungen zu nichtgewerbsmäßigen Zwecken durchzuführen;
- c) in diesem Hoheitsgebiet an den in Anhang I dieses Abkommens für diese Flugstrecke vorgesehenen Punkten zu landen, um im Rahmen des internationalen Luftverkehrs Fluggäste, Fracht und Post abzusetzen und aufzunehmen.

ARTIKEL 3 KAPAZITÄTSREGELUNG

(1) Die von den durch die Vertragschließenden Teile namhaft gemachten Fluglinienunternehmen bereitgestellte Kapazität ist der Verkehrsnachfrage auf den festgelegten Flugstrecken anzupassen.

(2) In Anwendung des in Absatz 1 dieses Artikels festgelegten Grundsatzes

- a) hat das namhaft gemachte Fluglinienunternehmen beim Betrieb der Fluglinien es als seine Hauptaufgabe anzusehen, unter Berücksichtigung eines angemessenen Ausnützungsfaktors ein Beförderungsangebot zur Verfügung zu stellen, das der jeweiligen und normalerweise voraussehbaren internationalen Verkehrsnachfrage von und nach dem Hoheitsgebiet des Vertragschließenden Teiles, der das Fluglinienunternehmen namhaft gemacht hat, angepaßt ist;

b) la capacité prévue à l'alinéa a ci-dessus peut être augmentée par une capacité complémentaire pour le transport de trafic aérien international en provenance ou à destination de points situés sur les routes indiquées et sur les territoires autres que celui des Parties Contractantes désignant l'entreprise.

3°) Les deux Parties Contractantes conviennent de reconnaître que le trafic de cinquième liberté a un caractère complémentaire par rapport aux exigences du trafic sur les routes reliant les territoires des deux Parties Contractantes et qu'il est en même temps subordonné aux exigences du trafic de troisième et de quatrième libertés entre les territoires de l'autre Partie et un Etat tiers situé sur la route.

4°) Les Parties Contractantes conviennent à reconnaître le principe que les moyens de transport offerts au public devront être adaptés d'une manière raisonnable aux exigences du public concernant un tel transport. Les deux Parties Contractantes reconnaissent leur droit primordial aux transports aériens entre leurs territoires respectifs.

5°) Aux fins de l'exploitation des routes indiquées d'un commun accord, les droits accordés à l'entreprise désignée par chaque Partie Contractante ne devront pas être exercés au détriment ou au désavantage de l'entreprise désignée par l'autre Partie Contractante desservant la totalité ou une partie de la même route.

6°) Les entreprises désignées des deux Parties Contractantes doivent, sous réserve de l'approbation des Autorités compétentes, se mettre d'accord sur la capacité, la fréquence des services sur les routes spécifiées et les horaires en question.

7°) A défaut d'accord, les dispositions de l'article 16 paragraphe 1°) seront appliquées.

ARTICLE 4

VOLS NON RÉGULIERS (PROGRAMMES CHARTERS)

1°) Chaque Partie Contractante accorde en outre aux entreprises désignées de l'autre Partie Contractante, le droit d'effectuer des vols commerciaux non-réguliers (programmes charters) sur les routes figurant à l'annexe I, alinéa B.

b) kann die in lit. a vorgesehene Kapazität um eine zusätzliche Kapazität erhöht werden, um die Beförderung des internationalen Luftverkehrs von und nach Punkten zu ermöglichen, welche auf den festgelegten Flugstrecken und im Hoheitsgebiet anderer als der das Fluglinienunternehmen namhaft machenden Vertragschließenden Teile liegen.

(3) Die beiden Vertragschließenden Teile kommen überein, daß der Verkehr der 5. Freiheit die Verkehrsnachfrage auf den die Hoheitsgebiete der beiden Vertragschließenden Teile verbindenden Flugstrecken ergänzt und zugleich von der Verkehrsnachfrage der 3. und 4. Freiheit zwischen dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragschließenden Teiles und eines auf der Flugstrecke liegenden dritten Staates abhängig ist.

(4) Die Vertragschließenden Teile kommen überein, den Grundsatz anzuerkennen, daß die der Öffentlichkeit angebotenen Verkehrsmittel dem Bedürfnis der Öffentlichkeit nach solcher Beförderung in angemessener Weise angepaßt werden. Die beiden Vertragschließenden Teile anerkennen, daß sie in erster Linie berechtigt sind, den Luftverkehr zwischen ihren Hoheitsgebieten durchzuführen.

(5) Zum Zwecke des Betriebes der gemeinsam festgelegten Flugstrecken dürfen die dem von einem Vertragschließenden Teil namhaft gemachten Fluglinienunternehmen eingeräumten Rechte nicht zum Schaden oder Nachteil des vom anderen Vertragschließenden Teil namhaft gemachten Fluglinienunternehmens, das die ganze Strecke oder einen Teil hiervon beflegt, ausgeübt werden.

(6) Die von beiden Vertragschließenden Teilen namhaft gemachten Fluglinienunternehmen sollen sich vorbehaltlich der Zustimmung durch die zuständigen Behörden über die Kapazität, die Frequenz der Fluglinien auf den festgelegten Flugstrecken und die diesbezüglichen Flugpläne einigen.

(7) Kommt keine Einigung zustande, finden die Bestimmungen des Artikels 16, Absatz 1 Anwendung.

ARTIKEL 4

NICHTPLANMÄSSIGE FLÜGE (CHARTERPROGRAMME)

(1) Jeder Vertragschließende Teil gewährt überdies den namhaft gemachten Fluglinienunternehmen des anderen Vertragschließenden Teiles das Recht, gewerbliche, nichtplanmäßige Flüge (Charterprogramme) auf den in Anhang I, Absatz B, bezeichneten Flugstrecken durchzuführen.

2°) Le volume du trafic à assurer aux termes de l'alinéa précédent, sera partagé également entre les entreprises désignées d'une Partie Contractante, d'une part, et les entreprises désignées de l'autre Partie Contractante, d'autre part comme suit:

a) Les détails du partage s'effectueront par entente directe entre les entreprises désignées d'une Partie Contractante, d'une part, et les entreprises désignées de l'autre Partie Contractante, d'autre part. Chaque entreprise désignée aura le droit de déléguer une partie ou la totalité du volume des programmes convenus à une autre entreprise enregistrée dans le territoire d'une des Parties Contractantes.

b) A défaut d'accord entre les entreprises visées ci-dessus sur les modalités du partage les Autorités aéronautiques des deux Parties Contractantes s'efforceront de trouver un arrangement.

3°) A défaut de règlement, le différend sera soumis à la procédure prévue à l'article 18.

ARTICLE 5

AUTORISATIONS NÉCESSAIRES

1°) Chaque Partie Contractante aura le droit de désigner par écrit à l'autre Partie Contractante une ou plusieurs entreprises de transport aérien pour l'exploitation des services convenus sur les routes indiquées.

2°) Dès réception de cette désignation, l'autre Partie Contractante devra, sous réserve des dispositions des paragraphes 4°) et 5°) du présent article, accorder sans délai à l'entreprise désignée, les autorisations d'exploitation appropriées.

3°) Chaque Partie Contractante aura le droit, après notification écrite à l'autre Partie Contractante, de retirer la désignation d'une entreprise et d'en désigner une autre.

4°) Les Autorités aéronautiques de l'une des Parties Contractantes pourront exiger qu'une entreprise désignée par l'autre Partie Contractante fasse la preuve qu'elle est à même de satisfaire aux conditions prescrites par les lois et règlements normalement et raisonnablement appliqués pour l'exploitation des services aériens internationaux par ces Autorités conformément aux dispositions de la Convention.

(2) Der auf Grund der Bestimmungen des vorgenannten Absatzes festzusetzende Verkehrsumfang ist zwischen den namhaft gemachten Fluglinienunternehmen des einen Vertragschließenden Teiles und den namhaft gemachten Fluglinienunternehmen des anderen Vertragschließenden Teiles gleichermaßen, wie folgt, aufzuteilen:

a) Die Einzelheiten der Aufteilung werden durch direkte Vereinbarung zwischen den namhaft gemachten Fluglinienunternehmen des einen Vertragschließenden Teiles und den namhaft gemachten Fluglinienunternehmen des anderen Vertragschließenden Teiles festgelegt. Jedes namhaft gemachte Fluglinienunternehmen hat das Recht, einen Teil oder den gesamten vereinbarten Verkehrsumfang einem anderen im Hoheitsgebiet eines Vertragschließenden Teiles eingetragenen Fluglinienunternehmen zu übertragen.

b) Kommt eine Einigung zwischen den obgenannten Fluglinienunternehmen über die Einzelheiten der Aufteilung nicht zustande, werden sich die Luftfahrtbehörden der beiden Vertragschließenden Teile bemühen, eine Lösung zu finden.

(3) Kommt eine solche Regelung nicht zustande, wird der Streit dem in Artikel 18 vorgesehenen Verfahren unterworfen.

ARTIKEL 5

ERFORDERLICHE BEWILLIGUNGEN

(1) Jeder Vertragschließende Teil hat das Recht, dem anderen Vertragschließenden Teil ein oder mehrere Fluglinienunternehmen für den Betrieb der vereinbarten Fluglinien auf den festgelegten Flugstrecken schriftlich namhaft zu machen.

(2) Nach Erhalt dieser Namhaftmachung hat der andere Vertragschließende Teil vorbehaltlich der Bestimmungen der Absätze 4 und 5 dieses Artikels, dem namhaft gemachten Fluglinienunternehmen unverzüglich die entsprechenden Betriebsbewilligungen zu erteilen.

(3) Jeder Vertragschließende Teil hat das Recht, nach schriftlicher Benachrichtigung des anderen Vertragschließenden Teiles, die Namhaftmachung eines Fluglinienunternehmens zurückzuziehen und ein anderes namhaft zu machen.

(4) Die Luftfahrtbehörden des einen Vertragschließenden Teiles können verlangen, daß ein vom anderen Vertragschließenden Teil namhaft gemachtes Fluglinienunternehmen den Nachweis erbringt, daß es in der Lage ist, den Anforderungen der Gesetze und Verordnungen zu entsprechen, die normalerweise und billigerweise beim Betrieb von internationalen Fluglinien von diesen Behörden gemäß den Bestimmungen der Konvention angewendet werden.

5°) Chaque Partie Contractante aura le droit de ne pas accorder les autorisations prévues au paragraphe 2°) du présent article ou d'imposer telles conditions qui pourraient lui sembler nécessaires pour l'exercice, par une entreprise désignée, des droits spécifiés à l'article 2, lorsque ladite Partie Contractante n'est pas convaincue qu'une part substantielle de la propriété et le contrôle effectif de cette entreprise appartiennent à la Partie Contractante désignant l'entreprise ou à des ressortissants de celle-ci.

6°) Lorsqu'une entreprise aura ainsi été désignée et autorisée, elle pourra commencer à tout moment l'exploitation de tous services convenus, sous réserve qu'un tarif établi conformément aux dispositions de l'article 13 du présent accord soit en vigueur en ce qui concerne ce service.

ARTICLE 6

APPLICATION DES LOIS ET RÈGLEMENTS

Les lois et règlements de chaque Partie Contractante relatifs à l'entrée, au séjour et à la sortie de son territoire des aéronefs employés au transport international, ou relatifs à l'exploitation et à la navigation des dits aéronefs durant leur présence dans les limites de son territoire, s'appliquent aux aéronefs de l'entreprise désignée de l'autre Partie Contractante.

ARTICLE 7

RÈGLEMENTS D'ENTRÉE ET DE CONGÉ

Les passagers et les équipages des aéronefs ainsi que les expéditeurs de marchandises sont tenus de se conformer soit personnellement, soit par l'intermédiaire d'un tiers agissant en leur nom et pour leur compte, aux lois et règlements régissant, sur le territoire de chaque Partie Contractante, l'entrée, le séjour et la sortie des passagers, équipages ou marchandises, tels que ceux qui s'appliquent à l'entrée, aux formalités de congé, à l'immigration, à l'émigration, aux passeports, aux douanes, aux régimes des devises et à la quarantaine.

ARTICLE 8

RECONNAISSANCE DES CERTIFICATS BREVETS ET LICENCES

Les certificats de navigabilité, les brevets d'aptitude et les licences délivrés ou validés par l'une des Parties Contractantes, et non périmés, sont reconnus valables par l'autre Partie Contractante aux fins d'exploitation des services aériens spécifiés à l'annexe I ci-jointe.

(5) Jeder Vertragschließende Teil hat das Recht, die in Absatz 2 dieses Artikels vorgesehenen Bewilligungen nicht zu erteilen oder solche Bedingungen aufzuerlegen, die ihm für die Ausübung der in Artikel 2 festgelegten Rechte durch das namhaft gemachte Fluglinienunternehmen erforderlich scheinen, wenn dieser Vertragschließende Teil nicht überzeugt ist, daß ein wesentlicher Teil des Eigentums und die tatsächliche Kontrolle dieses Fluglinienunternehmens bei dem das Fluglinienunternehmen namhaft machenden Vertragschließenden Teil oder bei seinen Staatsangehörigen liegen.

(6) Ein auf diese Weise namhaft gemachtes und zugelassenes Fluglinienunternehmen kann jederzeit den Betrieb aller vereinbarten Fluglinien aufnehmen, vorausgesetzt, daß ein gemäß den Bestimmungen des Artikels 13 dieses Abkommens festgesetzter Tarif für diese Fluglinie in Kraft ist.

ARTIKEL 6

DIE ANWENDUNG VON GESETZEN UND VORSCHRIFTEN

Die Gesetze und Vorschriften jedes Vertragschließenden Teiles betreffend den Einflug, Aufenthalt und Ausflug aus seinem Hoheitsgebiet der im internationalen Luftverkehr verwendeten Luftfahrzeuge oder betreffend den Betrieb und den Verkehr dieser Luftfahrzeuge während ihres Aufenthaltes innerhalb seines Hoheitsgebietes sind auf die Luftfahrzeuge des vom anderen Vertragschließenden Teil namhaft gemachten Fluglinienunternehmens anzuwenden.

ARTIKEL 7

EINREISE- UND ABFERTIGUNGSVOR- SCHRIFTEN

Fluggäste, Besatzung der Luftfahrzeuge sowie Absender von Fracht haben sich entweder persönlich oder durch einen in ihrem Namen und auf ihre Rechnung handelnden Dritten gemäß den im Hoheitsgebiet jedes Vertragschließenden Teiles geltenden Gesetzen und Vorschriften über den Einflug, Aufenthalt und Ausflug von Fluggästen, Besatzung oder Fracht zu verhalten, wie zum Beispiel jenen über den Einflug, über die Abfertigungsformalitäten, die Einreise, die Ausreise, Paß-, Zoll-, Devisen- und Quarantänevorschriften.

ARTIKEL 8

ANERKENNUNG VON ZEUGNISSEN UND AUSWEISEN

Lufttüchtigkeitszeugnisse, Befähigungszeugnisse und Ausweise, die von einem Vertragschließenden Teil ausgestellt oder als gültig erklärt wurden und noch gültig sind, werden vom anderen Vertragschließenden Teil für den Betrieb der in Anhang I dieses Abkommens festgelegten Fluglinien als gültig anerkannt.

Chaque Partie Contractante se réserve, cependant, le droit de ne pas reconnaître valables, pour la circulation au-dessus de son propre territoire, les brevets d'aptitude et licences délivrés à ses propres ressortissants par l'autre Partie Contractante, au cas où ces brevets et licences ne seraient pas conformes aux standards O.A.C.I. (Organisation de l'Aviation Civile Internationale).

ARTICLE 9

APPROBATION DES HORAIRES

L'entreprise désignée de chacun des Parties Contractantes communiquera ses horaires, aux fins d'approbation, aux Autorités aéronautiques de l'autre Partie Contractante, 30 jours au plus tard avant le commencement des services convenus. Il en sera de même de toutes modifications ultérieures.

ARTICLE 10

RÉVOCATION ET SUSPENSION

1°) Chaque Partie Contractante aura le droit de révoquer une autorisation d'exploitation ou de suspendre l'exercice, par une entreprise désignée par l'autre Partie Contractante, des droits spécifiés à l'article 2 du présent accord, ou de soumettre l'exercice de ces droits aux conditions qu'elle jugera nécessaires pour éviter de nouvelles infractions aux lois et règlements:

a) dans tous les cas où elle ne sera pas convaincue qu'une part substantielle de la propriété et le contrôle effectif de cette entreprise appartiennent à la Partie Contractante désignant l'entreprise ou à des ressortissants de celle-ci, ou bien;

b) au cas où cette entreprise ne sera pas conformée aux lois et règlements de la Partie Contractante qui a accordé ces droits, ou bien;

c) au cas où l'entreprise n'exploitera pas dans les conditions prescrites par le présent accord.

2°) A moins que la révocation, la suspension ou l'imposition immédiate des conditions prévues au paragraphe 1°) du présent article ne soient nécessaires pour éviter de nouvelles infractions aux lois et règlements, un tel droit ne pourra être exercé qu'après consultation avec l'autre Partie Contractante.

ARTICLE 11

EXEMPTION DE DROITS DE DOUANE ET D'AUTRES REDEVANCES

1°) Les aéronefs utilisés en service international par l'entreprise désignée de chacune des Parties

Jeder Vertragschließende Teil behält sich jedoch das Recht vor, für den Flugverkehr über seinem Hoheitsgebiet die Befähigungszeugnisse und Ausweise, die seinen eigenen Staatsangehörigen vom anderen Vertragschließenden Teil ausgestellt wurden, nicht als gültig anzuerkennen, wenn diese Befähigungszeugnisse und Ausweise nicht den Normen der ICAO (Internationale Zivilluftfahrtorganisation) entsprechen.

ARTIKEL 9

GENEHMIGUNG VON FLUGPLANEN

Das namhaft gemachte Fluglinienunternehmen jedes Vertragschließenden Teiles hat den Luftfahrtbehörden des anderen Vertragschließenden Teiles nicht später als 30 Tage vor Eröffnung der vereinbarten Fluglinien seine Flugpläne zwecks Genehmigung bekanntzugeben. Dies gilt auch für spätere Änderungen.

ARTIKEL 10

WIDERRUF UND UNTERSAGUNG

(1) Jeder Vertragschließende Teil hat das Recht, eine Betriebsbewilligung zu widerrufen oder die Ausübung von in Artikel 2 dieses Abkommens festgelegten Rechten durch ein vom anderen Vertragschließenden Teil namhaft gemachtes Fluglinienunternehmen zu untersagen oder bei der Ausübung dieser Rechte solche Bedingungen aufzuerlegen, die er für notwendig erachtet, um weitere Verstöße gegen die Gesetze und Verordnungen zu verhindern:

a) in allen Fällen, wo er nicht überzeugt ist, daß ein wesentlicher Teil des Eigentums und die tatsächliche Kontrolle dieses Fluglinienunternehmens bei dem Vertragschließenden Teil, der das Fluglinienunternehmen namhaft gemacht hat, oder bei seinen Staatsangehörigen liegen;

b) wenn dieses Fluglinienunternehmen es unterläßt, die Gesetze und Verordnungen des Vertragschließenden Teiles, der diese Rechte gewährt hat, zu befolgen;

c) wenn das Fluglinienunternehmen es unterläßt, den Betrieb gemäß den im vorliegenden Abkommen vorgeschriebenen Bedingungen durchzuführen.

(2) Sofern der in Absatz 1 dieses Artikels vorgesehene Widerruf, die Untersagung oder die sofortige Auferlegung von Bedingungen nicht erforderlich sind, um weitere Verstöße gegen die Gesetze und Vorschriften zu verhindern, wird dieses Recht erst nach Beratung mit dem anderen Vertragschließenden Teil ausgeübt.

ARTIKEL 11

BEFREIUNG VON ZÖLLEN UND ANDEREN ABGABEN

(1) Von den namhaft gemachten Fluglinienunternehmen beider Vertragschließenden Teile

Contractantes ainsi que leurs équipements normaux, leurs réserves de carburants et lubrifiants et leurs provisions de bord, y compris les denrées alimentaires, leurs boissons et tabacs, seront à l'entrée sur le territoire de l'autre Partie Contractante, exonérés de tous droits de douane, frais d'inspection et d'autres droits ou taxes, à condition que ces équipements et approvisionnements demeurent à bord des aéronefs jusqu'à leur réexportation.

2°) Seront également exonérés de ces mêmes droits et taxes, à l'exception des redevances représentatives du service rendu:

a) les provisions de bord prises sur le territoire d'une Partie Contractante dans les limites fixées par les Autorités de ladite Partie Contractante et destinées à la consommation à bord des aéronefs assurant un service international de l'autre Partie Contractante;

b) les pièces de rechange, importées sur le territoire de l'une des Parties Contractantes pour l'entretien ou la réparation des aéronefs employés en service international par l'entreprise désignée de l'autre Partie Contractante;

c) les carburants et les lubrifiants destinés à l'avitaillement des aéronefs employés en service international par l'entreprise désignée de l'autre Partie Contractante, même lorsque ces approvisionnements doivent être utilisés sur la partie du trajet effectuée au-dessus du territoire de la Partie Contractante sur laquelle ils ont été embarqués.

Il pourra être exigé de laisser sous la surveillance ou le contrôle de la douane les produits énumérés aux alinéas a, b et c ci-dessus.

3°) Les équipements normaux du bord ainsi que les produits et approvisionnements se trouvant à bord des aéronefs d'une Partie Contractante ne pourront être déchargés sur le territoire de l'autre Partie Contractante qu'avec le consentement des Autorités douanières de ce territoire. En ce cas, ils pourront être placés sous la surveillance des dites Autorités jusqu'à ce qu'ils soient réexportés ou aient reçu une autre destination autorisée par les règlements douaniers.

ARTICLE 12 TRAFIC EN TRANSIT

Les passagers en transit à travers le territoire d'une Partie Contractante ne seront soumis qu'à un contrôle très simplifié. Les bagages et marchandises en transit direct seront exonérés des droits de douane et autres taxes similaires.

auf internationalen Fluglinien verwendete Luftfahrzeuge sowie deren übliche Ausrüstung, Kraft- und Schmierstoffvorräte und Bordvorräte, einschließlich Nahrungsmittel, Getränke und Tabak, sind bei Ankunft in dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragschließenden Teiles von Zöllen, Untersuchungsgebühren und anderen Abgaben und Steuern befreit, vorausgesetzt, daß die Ausrüstung und die Vorräte bis zur Wiederausfuhr an Bord der Luftfahrzeuge verbleiben.

(2) Weiters sind von diesen Abgaben und Steuern mit Ausnahme der für geleistete Dienste zu entrichtenden Abgaben befreit:

a) Bordvorräte, die im Hoheitsgebiet eines Vertragschließenden Teiles in dem von den Behörden dieses Vertragschließenden Teiles festgesetzten Ausmaß aufgenommen werden und zum Verbrauch an Bord von Luftfahrzeugen, die den internationalen Luftverkehr des anderen Vertragschließenden Teiles gewährleisten, bestimmt sind;

b) Ersatzteile, die zur Wartung oder Reparatur von Luftfahrzeugen, die von dem vom anderen Vertragschließenden Teil namhaft gemachten Fluglinienunternehmen im internationalen Luftverkehr verwendet werden, in das Hoheitsgebiet eines Vertragschließenden Teiles eingeführt werden;

c) Kraft- und Schmierstoffe, die als Vorrat für Luftfahrzeuge bestimmt sind, die von dem vom anderen Vertragschließenden Teil namhaft gemachten Fluglinienunternehmen im internationalen Luftverkehr verwendet werden, selbst wenn diese Vorräte auf dem Flug über dem Hoheitsgebiet des Vertragschließenden Teiles, in dem sie aufgenommen wurden, verbraucht werden.

Es kann verlangt werden, daß die in lit. a, b und c genannten Gegenstände unter Zollaufsicht oder Zollkontrolle verbleiben.

(3) Die übliche Bordausrüstung sowie die sich an Bord von Luftfahrzeugen eines Vertragschließenden Teiles befindlichen Gegenstände und Vorräte dürfen im Hoheitsgebiet des anderen Vertragschließenden Teiles nur mit Zustimmung der Zollbehörden dieses Hoheitsgebietes ausgeladen werden. In einem solchen Fall können sie bis zur Wiederausfuhr oder anderwärtigen Verfügung gemäß den Zollvorschriften unter Aufsicht der genannten Behörden gestellt werden.

ARTIKEL 12 TRANSITVERKEHR

Die Fluggäste, die sich auf der Durchreise durch das Hoheitsgebiet eines Vertragschließenden Teiles befinden, unterliegen nur einer sehr vereinfachten Kontrolle. Gepäck und Waren im direkten Transitverkehr sind von Zöllen und anderen ähnlichen Abgaben befreit.

ARTICLE 13 TARIFS DE TRANSPORT

1°) Les tarifs à appliquer par l'entreprise de l'une des Parties Contractantes pour le transport à destination ou en provenance du territoire de l'autre Partie Contractante seront établis à des taux raisonnables, compte dûment tenu de tous les éléments d'appréciation, et notamment du coût de l'exploitation, un bénéfice raisonnable ainsi que des tarifs des autres entreprises (sur les mêmes routes).

2°) Les tarifs mentionnés au paragraphe 1°) du présent article seront, si possible, fixés d'un commun accord par les entreprises désignées (intéressées) des deux Parties Contractantes, après consultation des entreprises des pays tiers desservant tout ou partie de la même route. Les entreprises devront, autant que possible, réaliser cet accord en recourant à la procédure de fixation des tarifs de l'Association du Transport Aérien International.

3°) Les Tarifs ainsi fixés seront soumis à l'approbation des Autorités aéronautiques de chaque Partie Contractante au moins 30 jours avant la date prévue pour leur entrée en vigueur. Dans des cas spéciaux ce délai pourra être réduit, sous réserve de l'accord, des dites Autorités.

4°) Sous réserve des dispositions du paragraphe 3°) du présent article, aucun tarif n'entrera en vigueur si les Autorités aéronautiques de l'une et l'autre des Parties Contractantes ne l'ont approuvé.

5°) Les tarifs établis conformément aux dispositions du présent article demeureront en vigueur jusqu'à ce que de nouveaux tarifs aient été fixés conformément aux dispositions du présent article.

Si les entreprises de transports aériens désignées ne peuvent se mettre d'accord sur la fixation d'un tarif conformément aux dispositions du paragraphe 2°) ci-dessus, ou si l'une des Parties Contractantes faisait connaître son désaccord sur le tarif qui lui a été soumis, conformément aux dispositions du paragraphe 3°) précédent, les Autorités aéronautiques des deux Parties Contractantes devront s'efforcer de déterminer le tarif par accord mutuel.

6°) En dernier ressort, il serait fait recours à l'arbitrage prévu à l'article 18 du présent accord.

Tant que la sentence arbitrale n'aura pas été rendue, la Partie Contractante qui aura fait connaître son désaccord aura le droit d'exiger de l'autre Partie Contractante le maintien du tarif préalablement en vigueur.

7°) Si les Autorités aéronautiques ne peuvent approuver un tarif quelconque qui leur est pro-

ARTIKEL 13 BEFÖRDERUNGSTARIFE

(1) Von dem Fluglinienunternehmen eines Vertragschließenden Teiles für die Beförderung nach oder vom Hoheitsgebiet des anderen Vertragschließenden Teiles einzuhebende Tarife müssen unter gebührender Berücksichtigung aller erheblichen Faktoren, besonders der Betriebskosten, eines angemessenen Gewinnes sowie der Tarife anderer Fluglinienunternehmen (auf den gleichen Strecken) angemessen sein.

(2) Die in Absatz 1 dieses Artikels erwähnten Tarife sind, wenn möglich, von den namhaft gemachten Fluglinienunternehmen beider Vertragschließender Teile nach Fühlungnahme mit den Fluglinienunternehmen dritter Staaten, die dieselbe Strecke zur Gänze oder zum Teil befiegen, gemeinsam festzulegen. Die Fluglinienunternehmen sollen, soweit als möglich, dieses Einvernehmen unter Berücksichtigung des Tariffestsetzungsverfahrens des Internationalen Lufttransportverbandes herstellen.

(3) Die auf diese Weise festgesetzten Tarife sind den Luftfahrtbehörden der beiden Vertragschließenden Teile spätestens 30 Tage vor dem vorgesehenen Zeitpunkt ihres Inkrafttretens zur Genehmigung vorzulegen. In besonderen Fällen kann diese Frist, vorbehaltlich der Zustimmung dieser Behörden, herabgesetzt werden.

(4) Vorbehaltlich der Bestimmungen des Absatzes 3 dieses Artikels darf ein Tarif nur nach Genehmigung durch die Luftfahrtbehörden des einen und des anderen Vertragschließenden Teiles in Kraft treten.

(5) Die gemäß den Bestimmungen dieses Artikels festgelegten Tarife bleiben solange in Kraft, bis neue Tarife gemäß den Bestimmungen dieses Artikels erstellt worden sind.

Können die namhaft gemachten Fluglinienunternehmen über eine Tarifvereinbarung gemäß den Bestimmungen des Absatzes 2 keine Einigung erzielen, oder erklärt sich ein Vertragschließender Teil mit dem ihm gemäß den Bestimmungen des Absatzes 3 unterbreiteten Tarif nicht einverstanden, werden sich die Luftfahrtbehörden beider Vertragschließender Teile bemühen, den Tarif einvernehmlich festzulegen.

(6) Als letztes Mittel soll das in Artikel 18 dieses Abkommens vorgesehene schiedsgerichtliche Verfahren herangezogen werden.

Solange die schiedsgerichtliche Entscheidung nicht ausgesprochen ist, hat der Vertragschließende Teil, der seine Unzufriedenheit mit einem Tarif mitgeteilt hat, das Recht, vom anderen Vertragschließenden Teil die Beibehaltung des bisher in Kraft stehenden Tarifes zu verlangen.

(7) Können die Luftfahrtbehörden einen Tarif, der ihnen gemäß Absatz 3 dieses Artikels vorge-

posé en conformité du paragraphe 3^o du présent article ou ne peuvent déterminer un tarif quelconque en conformité des stipulations du paragraphe 6^o du présent article, le différend sera réglé en conformité des stipulations de l'article 18 du présent accord.

8^o) Les Autorités aéronautiques de chaque Partie Contractante s'efforceront d'assurer l'application de tarifs identiques aux tarifs soumis à l'approbation de chaque Partie Contractante et de s'assurer qu'aucune entreprise de transport aérien n'accorde des rabais, directement ou indirectement, y inclus le paiement de taux de commission d'agence excessifs ou l'emploi de cours de change irréalistes.

9^o) Chaque Partie Contractante s'efforcera d'assurer l'établissement de tarifs spécifiés en monnaie nationale d'une Partie Contractante, à des montants correspondant aux cours de change effectifs (y inclus taux et autres taxes).

10^o) Chacune des Parties Contractantes accordera aux entreprises de l'autre Partie Contractante le droit de transférer à leur siège, aux taux de change effectifs, le solde des recettes résultant de l'exploitation des services agréés, conformément au régime de paiement régissant les relations financières entre les deux Parties Contractantes.

ARTICLE 14

REDEVANCES D'AÉROPORT ET DROITS SIMILAIRES

Les Parties Contractantes conviennent que les charges imposées pour l'utilisation des aéroports et autres facilités par les entreprises de transports aériens désignées par chacune d'elles n'excéderont pas celles qui seraient payées pour l'utilisation des dits aéroports et facilités par ses aéronefs nationaux affectés à des services aériens internationaux similaires.

ARTICLE 15

REPRÉSENTATION

Chacune des Parties Contractantes accordera aux entreprises de l'autre Partie Contractante le droit de maintenir sur son propre territoire les services techniques, administratifs et commerciaux indispensables à son activité.

ARTICLE 16

CONSULTATIONS

1^o) Si l'une ou l'autre des Parties Contractantes juge souhaitable l'interprétation ou la modification d'une disposition quelconque du

schlagen wurde, nicht billigen, oder können sie einen Tarif gemäß den Bestimmungen des Absatzes 6 dieses Artikels nicht festsetzen, ist die Meinungsverschiedenheit gemäß den Bestimmungen des Artikels 18 dieses Abkommens beizulegen.

(8) Die Luftfahrtbehörden jedes Vertragschließenden Teiles bemühen sich, Tarife anzuwenden, die denjenigen entsprechen, die jedem Vertragschließenden Teil zur Genehmigung unterbreitet wurden, und zu gewährleisten, daß kein Fluglinienunternehmen direkt oder indirekt Ermäßigungen gewährt, einschließlich der Bezahlung überhöhter Verkaufsprovisionen an Agenten oder der Anwendung nicht den Tatsachen entsprechender Umrechnungskurse.

(9) Jeder Vertragschließende Teil wird sich bemühen, daß der in der nationalen Währung eines Vertragschließenden Teiles ausgedrückte Tarif in einem Betrag festgesetzt wird, der den tatsächlichen Umrechnungskurs wiedergibt (einschließlich Gebühren und anderer Zuschläge).

(10) Jeder Vertragschließende Teil räumt den Fluglinienunternehmen des anderen Vertragschließenden Teiles das Recht ein, die aus dem Betrieb der vereinbarten Fluglinien erwachsenden Einnahmen gemäß den in finanziellen Angelegenheiten zwischen den beiden Vertragschließenden Teilen geltenden Zahlungsvorschriften zum tatsächlichen Umrechnungskurs an ihren Betriebssitz zu überweisen.

ARTIKEL 14

FLUGHAFEN- UND ÄHNLICHE GEBÜHREN

Die Vertragschließenden Teile kommen überein, daß die für die Benützung von Flughäfen und anderen Einrichtungen von den von ihnen namhaft gemachten Fluglinienunternehmen eingehobenen Gebühren nicht höher sein dürfen als diejenigen, die für die Benützung der genannten Flughäfen und Einrichtungen von ihren inländischen, in ähnlichem internationalen Verkehr eingesetzten Luftfahrzeugen bezahlt werden.

ARTIKEL 15

VERTRETUNGEN

Jeder Vertragschließende Teil gewährt den Fluglinienunternehmen des anderen Vertragschließenden Teils das Recht, auf seinem Hoheitsgebiet die zu diesem Zweck notwendigen Einrichtungen auf technischem, administrativem und wirtschaftlichem Gebiet zu unterhalten.

ARTIKEL 16

BERATUNGEN

(1) Hält es der eine oder andere Vertragschließende Teil für wünschenswert, irgendeine Bestimmung dieses Abkommens auszulegen oder

présent accord, elle pourra demander une consultation avec l'autre Partie Contractante. Ces consultations devront commencer dans un délai de 60 jours à compter de la date de la demande.

2°) Les modifications de cet accord, exception faite pour celles apportées au tableau des routes, entreront en vigueur de la même manière que le présent accord.

3°) Les modifications du tableau des routes entreront en vigueur après leur confirmation par échange de notes diplomatiques conformément aux lois nationales et aux procédures de chacune des Parties Contractantes.

ARTICLE 17

CONFORMITÉ AUX CONVENTIONS MULTILATÉRALES

Le présent accord et son annexe I seront mis en harmonie avec toute convention de caractère multilatéral relative à l'aviation civile qui viendrait à lier à la fois les deux Parties Contractantes.

ARTICLE 18

RÈGLEMENT DE DIFFÉRENDS

1°) Au cas où un différend relatif à l'interprétation ou à l'application du présent accord n'aurait pu être réglé conformément aux dispositions de l'article 16, soit entre les Autorités aéronautiques, soit entre les Parties Contractantes, il sera soumis, sur demande d'une des Parties Contractantes, à un Tribunal arbitral.

2°) Ce Tribunal arbitral sera composé de trois membres. Chacun des deux Gouvernements désignera un arbitre; ces deux arbitres se mettront d'accord sur la désignation d'un ressortissant d'un Etat tiers comme Président.

Si dans un délai de deux mois à dater du jour où l'un des deux Gouvernements a proposé le règlement arbitral du litige, les deux arbitres n'ont pas été désignés, ou si dans le cours du mois suivant les arbitres ne se sont pas mis d'accord sur la désignation d'un Président, chaque Partie Contractante pourra demander au Président de l'Organisation de l'Aviation Civile Internationale de procéder aux désignations nécessaires.

3°) Le Tribunal arbitral décide, s'il ne parvient pas à régler le différend à l'amiable, à la majorité des voix, pour autant que les Parties Contractantes ne conviennent rien de contraire; il établit lui-même ses principes de procédure et détermine son siège.

abzuändern, so kann er um Beratung mit dem anderen Vertragschließenden Teil ersuchen. Diese Beratungen sollen innerhalb eines Zeitraumes von 60 Tagen nach dem Zeitpunkt des Ersuchens beginnen.

(2) Abänderungen dieses Abkommens mit Ausnahme solcher, die den Flugstreckenplan betreffen, treten in derselben Art wie dieses Abkommen in Kraft.

(3) Abänderungen des Flugstreckenplanes treten nach ihrer Bestätigung durch diplomatischen Notenwechsel gemäß den innerstaatlichen Gesetzen und Verfahrensbestimmungen jedes Vertragschließenden Teiles in Kraft.

ARTIKEL 17

ANPASSUNG AN MULTILATERALE ABKOMMEN

Das vorliegende Abkommen und dessen Anhang werden in der Weise geändert, daß sie jedem multilateralen Abkommen über die Zivilluftfahrt, durch das die beiden Vertragschließenden Teile gebunden werden, entsprechen.

ARTIKEL 18

BEILEGUNG VON MEINUNGSVERSCHIEDENHEITEN

(1) Wenn eine Meinungsverschiedenheit über die Auslegung oder Anwendung des vorliegenden Abkommens nicht gemäß den Bestimmungen des Artikels 16 entweder zwischen den Luftfahrtbehörden oder den Vertragschließenden Teilen beigelegt werden kann, wird sie auf Ersuchen eines Vertragschließenden Teiles einem Schiedsgericht unterbreitet.

(2) Dieses Schiedsgericht besteht aus drei Mitgliedern. Jede der beiden Regierungen bestellt einen Schiedsrichter; diese beiden Schiedsrichter ernennen einvernehmlich einen Staatsbürger eines dritten Staates zum Vorsitzenden.

Wenn die beiden Schiedsrichter nicht binnen zwei Monaten nach dem Zeitpunkt, zu dem eine der beiden Regierungen die schiedsgerichtliche Beilegung des Streites vorgeschlagen hat, bestellt sind, oder wenn innerhalb des darauf folgenden Monats die Schiedsrichter bezüglich der Namhaftmachung eines Vorsitzenden keine Einigung erzielen konnten, kann jeder Vertragschließende Teil den Präsidenten der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation ersuchen, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen.

(3) Das Schiedsgericht entscheidet, wenn es ihm nicht möglich ist, den Streit freundschaftlich beizulegen, mit Stimmenmehrheit, wenn die Vertragschließenden Teile nichts anderes beschließen; es regelt die Verfahrensgrundsätze und bestimmt seinen Sitz selbst.

4°) Les Parties Contractantes se conformeront à la décision arbitrale compte tenu des stipulations de leurs lois nationales respectives.

5°) Si l'une des Parties Contractantes ne se conforme pas aux décisions des arbitres, l'autre Partie Contractante pourra, aussi longtemps que durera ce manquement, limiter, suspendre ou révoquer les droits ou privilèges qu'elle avait accordés en vertu du présent accord à la Partie Contractante en défaut.

6°) Chaque Partie Contractante aura à sa charge la rémunération de l'activité de son expert et la moitié de la rémunération du Président.

ARTICLE 19 DÉNONCIATION

Chaque Partie Contractante pourra, à tout moment, notifier à l'autre Partie Contractante sa décision de dénoncer le présent accord. Cette notification sera faite en même temps à l'Organisation de l'Aviation Civile Internationale. Dans ce cas, le présent accord prendra fin un an après la date de réception de ladite notification par l'autre Partie Contractante, sauf si ladite notification est retirée par accord mutuel avant l'expiration de cette période. A défaut d'accusé de réception de la part de l'autre Partie Contractante, la notification sera réputée lui être parvenue 15 jours après la date de sa réception par l'Organisation de l'Aviation Civile Internationale.

ARTICLE 20 ENREGISTREMENT

Le présent accord et son annexe I et tout amendement qui y serait apporté seront communiqués à l'Organisation de l'Aviation Civile Internationale pour y être enregistrés.

ARTICLE 21 ENTRÉE EN VIGUEUR

Le présent accord entrera en vigueur aussitôt que les deux Parties Contractantes se seront mutuellement notifiées, par échange de notes diplomatiques, l'accomplissement des formalités constitutionnelles qui leur sont propres.

FAIT à Vienne, le 17 Octobre 1966 en deux exemplaires, en langue française, faisant également foi.

Pour le Gouvernement Fédéral d'Autriche:

Tončić m. p.

Pour le Gouvernement de la République
Tunisienne:

Z. Chelli m. p.

(4) Die Vertragschließenden Teile befolgen die schiedsgerichtliche Entscheidung unter Berücksichtigung der Bestimmungen ihrer entsprechenden innerstaatlichen Gesetze.

(5) Wenn einer der Vertragschließenden Teile die Entscheidung der Schiedsrichter nicht befolgt, kann der andere Vertragschließende Teil für die Dauer dieses Vergehens die Rechte oder Privilegien, welche er im Rahmen des vorliegenden Abkommens dem schuldigen Vertragschließenden Teil gewährt hat, beschränken, untersagen oder widerrufen.

(6) Jeder Vertragschließende Teil trägt die Kosten seines Experten und die Hälfte der Kosten des Vorsitzenden.

ARTIKEL 19 KÜNDIGUNG

Jeder Vertragschließende Teil kann jederzeit dem anderen Vertragschließenden Teil seinen Entschluß bekanntgeben, das vorliegende Abkommen zu kündigen. Diese Benachrichtigung ist gleichzeitig der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation zur Kenntnis zu bringen. In einem solchen Fall läuft das Abkommen ein Jahr nach dem Zeitpunkt des Eintreffens der Kündigung beim anderen Vertragschließenden Teil ab, sofern diese Kündigung nicht vor Ablauf dieses Zeitpunktes einvernehmlich zurückgezogen wird. Wenn keine Empfangsbestätigung durch den anderen Vertragschließenden Teil erfolgt, gilt die Kündigung als 15 Tage nach dem Empfang durch die Internationale Zivilluftfahrtorganisation eingegangen.

ARTIKEL 20 REGISTRIERUNG

Das vorliegende Abkommen, dessen Anhang I und jede Abänderung sind der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation zur Registrierung bekanntzugeben.

ARTIKEL 21 INKRAFTTRETEN

Das vorliegende Abkommen tritt in Kraft, sobald die beiden Vertragschließenden Teile einander durch diplomatischen Notenwechsel die Durchführung des entsprechenden verfassungsmäßigen Verfahrens bekanntgegeben haben.

GESCHEHEN zu Wien, am 17. Oktober 1966 in zwei Ausfertigungen in französischer Sprache, die gleichermaßen authentisch sind.

Für die Österreichische Bundesregierung:

Tončić m. p.

Für die Regierung der Republik Tunesien:

Z. Chelli m. p.

ANNEXE I**A. — SERVICES RÉGULIERS**

1^o) Les entreprises désignées par le Gouvernement Fédéral d'Autriche auront le droit d'exploiter, cabotage exclus, des services réguliers dans les deux sens définis ci-après:

Points en Autriche à destination d'un ou plusieurs points dans le territoire de la République Tunisienne.

2^o) Les entreprises désignées par le Gouvernement de la République Tunisienne auront le droit d'exploiter, cabotage exclus, des services réguliers dans les deux sens définis ci-après:

Points en Tunisie à destination d'un ou plusieurs points sur le territoire de la République d'Autriche.

3^o) Des points intermédiaires et des points au-delà pourront être desservis par les entreprises désignées des deux Parties Contractantes après définition en commun de ces points par les Autorités Compétentes. Cette définition sera confirmée par un échange de notes diplomatiques.

B. — VOLS NON-RÉGULIERS (PROGRAMMES CHARTERS)

1^o) Les entreprises désignées par le Gouvernement Fédéral d'Autriche auront le droit d'exploiter des vols non-réguliers (programmes charters) dans les deux sens entre les territoires des deux Parties Contractantes.

2^o) Les entreprises désignées par le Gouvernement de la République Tunisienne auront le droit d'exploiter des vols non-réguliers (programmes charters) dans les deux sens entre les territoires des deux Parties Contractantes.

ANHANG I**A — PLANMÄSSIGER FLUGLINIEN-VERKEHR**

(1) Die von der Österreichischen Bundesregierung namhaft gemachten Fluglinienunternehmen haben das Recht, Fluglinien, mit Ausnahme der Kabotage, in beiden Richtungen zu betreiben, wie in der Folge festgelegt ist:

Punkte in Österreich nach einem oder mehreren Punkten im Hoheitsgebiet der Republik Tunesien.

(2) Die von der Regierung der Republik Tunesien namhaft gemachten Fluglinienunternehmen haben das Recht, Fluglinien, mit Ausnahme der Kabotage, in beiden Richtungen zu betreiben, wie in der Folge festgelegt ist:

Punkte in Tunesien nach einem oder mehreren Punkten im Hoheitsgebiet der Republik Österreich.

(3) Zwischenpunkte und Punkte darüber hinaus können von den namhaft gemachten Fluglinienunternehmen beider Vertragschließenden Teile nach einvernehmlicher Festlegung dieser Punkte durch die zuständigen Stellen angefliegen werden. Diese Festlegung wird durch diplomatischen Notenwechsel bestätigt.

B — NICHTPLANMÄSSIGE FLÜGE (CHARTER-PROGRAMME)

(1) Die von der Österreichischen Bundesregierung namhaft gemachten Fluglinienunternehmen haben das Recht, nichtplanmäßige Flüge (Charter-Programme) in beiden Richtungen zwischen den Hoheitsgebieten beider Vertragschließenden Teile zu betreiben.

(2) Die von der Regierung der Republik Tunesien namhaft gemachten Fluglinienunternehmen haben das Recht, nichtplanmäßige Flüge (Charter-Programme) in beiden Richtungen zwischen den Hoheitsgebieten beider Vertragschließenden Teile zu betreiben.

Das vorliegende Abkommen samt Anhang I ist gemäß seinem Artikel 21 am 19. Mai 1967 in Kraft getreten.

Klaus



BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Der **Bezugspreis** des Bundesgesetzblattes für die Republik Österreich beträgt vorbehaltlich allfälliger Preiserhöhungen infolge unvorhergesehener Steigerung der Herstellungskosten bis zu einem Jahresumfang von 1800 Seiten ab 1. Juli 1966 S 142.— für Inlands- und S 192.— für Auslandsabonnements. Für den Fall, daß dieser Umfang überschritten wird, bleibt für den Mehrumfang eine entsprechende Neuberechnung vorbehalten. Der Bezugspreis kann auch in zwei gleichen Teilbeträgen zum 1. Jänner und 1. Juli entrichtet werden.

Einzelne Stücke des Bundesgesetzblattes sind erhältlich gegen Entrichtung des Verschleißpreises von 40 g für das Blatt = 2 Seiten, jedoch mindestens S 1.50 für das Stück, bei der Manz'schen Verlags- und Universitätsbuchhandlung in Wien I, Kohlmarkt 16 (Postleitzahl 1010), Telephon 63 17 85 Serie, sowie in der Verkaufsstelle der Österreichischen Staatsdruckerei — Wiener Zeitung, Wien I, Wollzeile 27 a (Postleitzahl 1037), Telephon 52 43 42.

Bezugsanmeldungen werden von der Abonnementstelle der Österreichischen Staatsdruckerei — Wiener Zeitung in Wien III, Rennweg 12 a (Postleitzahl 1037), entgegengenommen.

Als Bezugsanmeldung gilt auch die Überweisung des Bezugspreises oder seines ersten Teilbetrages auf das Postsparkassenkonto Wien Nr. 178. Die Bezugsanmeldung gilt bis zu einem allfälligen schriftlichen Widerruf. Der Widerruf ist nur mit Wirkung für das Ende des Kalenderjahres möglich. Er muß, um wirksam zu sein, spätestens am 15. Dezember bei der Abonnementstelle der Österreichischen Staatsdruckerei — Wiener Zeitung, Rennweg 12 a, 1037 Wien, einlangen.

Die **Zustellung** des Bundesgesetzblattes erfolgt erst nach Entrichtung des Bezugspreises. Die Bezieher werden, um keine Verzögerung in der Zustellung eintreten zu lassen, eingeladen, den Bezugspreis umgehend zu überweisen.

Ersätze für abgängige oder mangelhaft zugekommene Stücke des Bundesgesetzblattes sind binnen drei Monaten nach dem Erscheinen unmittelbar bei der Abonnementstelle der Österreichischen Staatsdruckerei — Wiener Zeitung, Wien III, Rennweg 12 a, (Postleitzahl 1037), anzufordern. Nach Ablauf dieses Zeitraumes werden Stücke des Bundesgesetzblattes ausnahmslos nur gegen Entrichtung des Verschleißpreises abgegeben.